Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Dauer- und Sicherer an
Beste Kindernahrung.
Als Kaffee-Sahne billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56.000 Stück.

Dresden, 1893.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Feinere Hemden nach Maass
Remke & Scheffler 11 Prangerstrasse 11
Modewaaren für Herren.

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

Talare u. Barette f. Prediger u. Juristen
Herren-Garderobe-Maassgeschäft
Carl Knoblauch
(früher Zuschneider der Firma Stühmke & Sohn)
Waisenhausstrasse 38
(zunächst dem Georgplatz).
Neuheiten in- und ausländ. Stoffe.

Konfirmanden-Anzüge
Schlafrock-Meyer
Frauenstrasse 8 und 10.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3.
Fernsprechstelle 1606.

Nr. 45. Spiegel: Debatte über Sonntagsruhe, Stand der Militärvorlage. Hofnachrichten, Graf von Holtzendorff †, Schlagende Verbindungen, Erzeugung von Regen, Einbrechergruppe, Gerichtsverhandlungen. Verdi's „Falstaff", Gewerbehauskapelle. | Dienstag, 14. Februar.

Politisches.

Neun volle Sitzungen hindurch ist im Reichstage unter der Firma „Gehalt des Staatssekretärs des Innern" debattirt worden, ohne daß bisher von diesem Titel selbst die Rede gewesen ist. An die fünftägigen Erörterungen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat haben sich Diskussionen über die Fabrikinspektoren und nunmehr breit angelegte Verhandlungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe angeschlossen, und noch immer läßt sich nicht mit Bestimmtheit voraussagen, wann Herrn von Bötticher sein Gehalt in zweiter Lesung bewilligt werden wird. Seit einer Reihe von Jahren ist es zwar üblich, daß die Etatsberathungen dazu benutzt werden, das Herz einmal gründlich auszuschütten und über alle möglichen Dinge zu reden, die mit den Etatstiteln, welche auf der Tagesordnung stehen, so gut wie nichts zu thun haben; aber man sollte doch im Interesse des Ansehens des Reichstages der Redseligkeit einzelner Abgeordneten gegenüber etwas weniger Nachsicht und Geduld üben, als in den letzten Wochen geschehen ist. Eine Sitzung hätte vollständig genügt, um den berechtigten Beschwerden und Klagen, die in manchen Kreisen bezüglich der Handhabung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe laut geworden sind, zum Ausdruck zu verhelfen, um so mehr, da von keiner Partei eine grundsätzliche Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe verlangt wurde. Mit Recht wird als der bemerkenswertheste Zug in der Diskussion über die Sonntagsruhe hervorgehoben, daß von keinem der Redner über die bisherigen Erfahrungen, die mit dem neuen, seit Anfang Juli v. J. eingeführten Gesetze gemacht worden sind, auch nur annähernd so heftige Beschwerden vorgebracht wurden, als in der Presse geltend gemacht worden sind. Selbst der Abg. Wöllmer, der Redner der Freisinnigen, deren Blätter einen wahren Entrüstungssturm gegen das von der konservativ-klerikalen Reichstagsmehrheit geschaffene Gesetz über die Sonntagsruhe entfacht hatten, bezeichnete dasselbe als einen bedeutsamen Fortschritt in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung. Die Klagen, meinte er, werden abnehmen, je länger das Gesetz in Kraft sein wird und je mehr sich die Bevölkerung an dasselbe gewöhnen wird. Daß das neue Gesetz im Anfange manche Unbequemlichkeiten und Unannehmlichkeiten im Gefolge haben, daß die Eingewöhnung in neugeschaffene Verhältnisse nicht ganz glatt gehen werde, daß in der Ausführung örtliche Mißgriffe vorkommen würden, lag auf der Hand. Unsere Gesetzgeber sind auch nicht der Meinung, daß mit dem Gesetze etwas absolut Vollkommenes geschaffen worden sei. Es soll gewiß nicht geleugnet werden, daß die neuen Bestimmungen unter den mittleren und kleineren Gewerbetreibenden böses Blut gemacht haben. Aber andererseits darf man auch nicht übersehen, daß in sehr vielen Kreisen schon jetzt die großen Vortheile der Sonntagsruhe im vollen Umfange anerkannt werden. Besonders in den großen Städten sind nicht nur die Massen der Angestellten, sondern auch die Gewerbetreibenden selbst erfreut darüber, daß sie sich fortan wenigstens an einem freien Nachmittage allwöchentlich ungestört der Erholung von den stetig steigenden Anstrengungen des aufreibenden Wettbewerbes widmen können. Wo noch Unzufriedenheit besteht, richtet sich dieselbe meist gegen die Ausführungsbestimmungen, die hier und da den lokalen Bedürfnissen nicht Rechnung getragen haben. Nach den entgegenkommenden Erklärungen seitens der verbündeten Regierungen ist zu erwarten, daß man gegenüber berechtigten Klagen und Beschwerden bezüglich der Ausführungsbestimmungen bereitwilligst auf Abhilfe bedacht sein wird.

Der augenblickliche Stand der Militärvorlage wird gekennzeichnet einerseits durch das Verharren des Centrums in seiner starr oppositionellen Haltung, andererseits durch die erneuten Drohungen der offiziösen Presse mit der Reichstagsauflösung. Die „Germania" versichert in ihrem letzten Artikel über die Militärvorlage, daß die streng sachliche Haltung die einzig richtige sei, daß die Vorlage nicht dem do ut des verfallen dürfe, daß sie an sich und aus sich behandelt werden müsse. Weiter hebt das ultramontane Organ hervor, daß die sachliche Haltung der ganzen Centrumspresse mit der Stellung der Fraktion übereinstimme. Dieser obstinaten Haltung gegenüber befleißigen sich die Offiziösen einer schärferen Tonart. Die „Nordd. Allg. Ztg." redete von einer „Volksabstimmung". Was damit gemeint ist, beweist eine andere offiziöse Auslassung, wonach man in „maßgebenden Kreisen" der Meinung zuneige, es werde binnen kurzer Zeit zur Auflösung des Reichstages kommen. Ein anderer Offiziöser betont, daß an einen Rückzug der Regierung nicht zu denken sei. Die Militärvorlage stehe ihr so hoch, daß sie sich nicht bedenken könne, die Hilfe zu nehmen, wo sie sie findet. Zugleich wird zugegeben, daß gelegentlich Besprechungen mit einzelnen Angehörigen der Centrumspartei stattgefunden haben. Aber man täusche sich an den leitenden Stellen nicht darüber, wie die Dinge in Wirklichkeit innerhalb des Centrums stehen. Herr von Huene und die konservativen Mitglieder der Partei hätten ihren Einfluß mehr und mehr verloren, die Leitung sei fast ganz in die Hände der demokratischen Richtung übergegangen. Ein Aufhalten dieser Bewegung sei kaum mehr möglich und ein Nachlassen für die Regierung absolut ausgeschlossen. Die offiziösen Auslassungen pflegen sich in den seltensten Fällen mit den letzten Absichten der Regierung und deren entscheidenden Entschlüssen zu decken. Mit den Drohungen will man vielleicht nur herauspressen, was irgend noch von der Opposition zugestanden werden kann. Es wird versichert, daß der Reichskanzler vor Abschluß der ersten Lesung in der Militärkommission in keinem Falle Erklärungen über Abänderungsvorschläge zur Militärvorlage abgeben wird. Darnach will Graf Caprivi offenbar erst abwarten, was überhaupt zu erreichen ist, und davon seinen definitiven Standpunkt abhängig machen. Ob der Bennigsen'sche Kompromißvorschlag für die Regierung annehmbar ist oder nicht, ist bisher noch mit keiner Silbe angedeutet worden. Würde das Letztere der Fall sein, so wäre wohl schon längst eine entsprechende Erklärung im Laufe der Spezialberathungen der Militärkommission abgegeben worden. Man wird also gewiß mit der Annahme nicht fehlgehen, daß der Reichskanzler sich zunächst noch die freie Hand gegenüber dem nationalliberalen Vermittelungsvorschlage bewahren will, um sich nicht von vornherein diese Brücke zum Rückzuge abzuschneiden.

Bedeutsam erscheinen die neuesten Anträge, welche in der Militärkommission eingebracht worden sind. Abg. Rickert beantragte die gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen durch die Verfassung; von Bennigsen stellte den Antrag, die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen solle in Kraft bleiben, so lange die Friedensstärke des Heeres nicht unter die im vorliegenden Gesetzentwurfe festgestellte Ziffer herabsinke. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß schließlich das Schicksal der Militärvorlage von der Beantwortung der Frage abhängen wird, ob die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung zur dauernden gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit — im Gegensatz zur Reichsverfassung — ertheilen. Erklärt Graf Caprivi den Rickert'schen Antrag für annehmbar, dann wird voraussichtlich ein hinreichender Theil der Freisinnigen und des Centrums bereit sein, als Gegenkonzession die Zustimmung zu dem Bennigsen'schen Kompromiß zu bieten. Schwierigkeiten könnten in diesem Falle vielleicht von Seiten der Konservativen gemacht werden, welche wiederholt, wie erst kürzlich Graf Kirchbach, mit Nachdruck betont haben, daß sie die zweijährige Dienstzeit nur als einen Versuch ansehen, dem eine vollbegründete Erfahrung nicht zur Seite stehe, daß sie daher unter keinen Umständen an der auf die Dienstzeit bezüglichen Bestimmung der Verfassung rütteln lassen werden. Indessen ist wohl anzunehmen, daß die Conservativen auch nach dieser Richtung ihren Widerstand aufgeben würden, falls die schließliche Entscheidung über die Militärvorlage davon abhängig sein würde. Anfangs waren die Konservativen zum Theil die entschiedensten Gegner der Militärvorlage. Inzwischen sind sie umgefallen, und sie werden auch noch einmal trotz ihrer entgegengesetzten Ueberzeugungen umfallen, wenn die Regierung jetzt von ihnen fordern würde, für eine verfassungsmäßig festgestellte 2jährige Dienstzeit zu stimmen. Die Konservativen waren gegen die Handelsverträge und stimmten in der Mehrzahl dafür.

Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Februar.

Berlin. Der Kaiser reist am Mittwoch Abend nach Wilhelmshaven ab. Auf der Rückreise wird der Kaiser der großherzoglich oldenburgischen Familie einen Besuch abstatten. — Der sächsische Militärbevollmächtigte, Generalmajor v. Schlieben, wird, wie verlautet, Ende März seinen hiesigen Posten verlassen und an die Spitze einer Artillerie-Brigade treten. — Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute die Berathung des Militäretats fort. Zur Beschaffung und Unterbringung von Feldbahnmaterial wurden statt der geforderten 4,900,000 Mk. nur 2,900,000 Mk. bewilligt; die weiteren 2 Millionen blieben für den nächsten Etat vorbehalten. Ebenso wurden statt der geforderten 5 Mill. zur Vervollständigung der nichtständigen Festungsanlagen nur 2½ Mill. bewilligt. In der Debatte wurde seitens der Militärverwaltung in Abrede gestellt, daß wesentliche Aenderungen der Uniform oder der Kopfbedeckung beabsichtigt seien. Mit Rücksicht auf das rauchfreie Pulver erhalten die Helme Ueberzüge, welche das Leuchten beseitigen und sollen die Kochgeschirre dunkel gestrichen werden. Die Verwendung des Aluminiums habe sich bewährt. — Das Abgeordnetenhaus begann heute die Berathung des Kultusetats. — Abg. Traeger (freis.) führte Beschwerde über die Aufrechterhaltung der Verordnung des vorigen Kultusministers über den Religionsunterricht der Dissidentenkinder. Kultusminister Dr. Bosse vertheidigt die Maßnahme. Die Dissidentenkinder würden nur zur Theilnahme am Religionsunterricht in der Schule genöthigt, wenn nicht der Nachweis erbracht werde, daß sie außerhalb der Schule geordneten Religionsunterricht erhalten. Eine Lehre, welche Gott leugnet, sei keine Religion. Soll die Entscheidung der Verwaltung von der Rechtsprechung nicht anerkannt werden, so werde er sich freilich fügen müssen. — Abgg. Dr. Langerhans und Rickert (freis.) erblicken in der Heranziehung der Dissidentenkinder zum Religionsunterricht in der Schule einen Gewissenszwang, der mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sei. — Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) bemängelt die Stellungnahme des Ministers vom juristischen Standpunkte aus. — Abg. Stöcker (kons.) vertheidigt die Maßnahme des Ministers, bedauert aber, daß dieser sich schließlich dem Spruche der Gerichte unterwerfen will. — Abg. Frhr. v. Wackerbarth und Stöcker wünschten Erhebungen darüber, ob auch die jüdischen Kinder durchweg Religionsunterricht erhielten. — Auf eine Anfrage Rickert's theilte der Minister mit, daß über die in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß in jüdischen Lehrbüchern das Christenthum geschmäht werde, Erhebungen angestellt, aber noch nicht zum Abschluß gelangt seien. Das Ergebniß werde seinerzeit öffentlich bekannt gemacht werden. — Abg. v. Jazdzewski beschwert sich über die Unterdrückung der polnischen Sprache. — Minister Bosse erwiderte, es handle sich nicht um eine Unterdrückung der Polen, sondern um den Schutz der Deutschen, welche die Angegriffenen seien. Schließlich erhob sich eine Controverse zwischen Stöcker und Rickert über den „Judenspiegel" des Dr. Eckart in Münster. Der von beiden konservativen Fraktionen eingebrachte Antrag zu der Petition gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag geht dahin, das Abgeordnetenhaus wolle die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen, daß diese im Bundesrathe dahin wirke, daß bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland im Anschluß an die Erfahrungen, welche auf Grund der Wirkungen der Handelsverträge mit Oesterreich, Italien und der Schweiz gemacht worden sind, die Interessen von Landwirthschaft und Industrie ausschließlich gewahrt werden.

Berlin. Ueber den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland wird mitgetheilt, daß jetzt die diesseitigen Forderungen festgestellt und nach Petersburg übermittelt sind. Es ist abzuwarten, welche Aufnahme sie dort finden werden. — Die Börsenenquetekommission wird heute oder morgen die Vernehmung von Sachverständigen schließen. Es sind zuletzt Sachverständige aus dem Waarengeschäft der verschiedensten Richtungen gehört worden. Nach beendeten Vernehmungen wird das Material gesichtet und als Unterlage für endgiltige Beschlüsse der Commission zur Benutzung kommen, um dann dem Reichskanzler zur weiteren Förderung unterbreitet zu werden. — Bei den Brandproben, die in den letzten Tagen hier vorgenommen wurden, war in einem in der Köpenickerstraße gelegenen, von der Stadt zur Verfügung gestellten alten Hause, ein Treppenabsatz im zweiten Stockwerk mit Siemens'schen Drahtglasplatten belegt. Man ließ während des Brandes auf dieses Oberlicht einen Centner fallen, ohne daß dadurch die vom Feuer glühenden Scheiben zertrümmert wurden. — Der Fondsmakler Leo Friedländer wurde heute wegen Unterschlagung von ihm zum Ankauf von Werthpapieren anvertrauten Geldern zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Berlin. Der Nachfolger des Generalmajors v. Schlieben ist Generalstabsmajor Graf Vitzthum v. Eckstädt.

Köln. Der Kölner Kriegerverband sandte eine von sämmtlichen Vorständen der neuen Kölner Kriegervereine unterzeichnete Eingabe an den Reichstag, welche mit der Bitte schließt, der Vorlage der verbündeten Regierungen bezüglich der zweijährigen Dienstzeit und der dadurch bedingten allgemeinen Wehrpflicht, die Zustimmung nicht zu versagen.

Bremen. Auch im Wahlkreise Bismarcks nimmt die antisemitische Bewegung einen lebhaften Aufschwung; so wurde in Geestemünde in voriger Woche, nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten v. Liebermann, ein antisemitischer Verein mit vielen Mitgliedern gegründet.

Hannover. Am Sonntag versuchte ein Räuber einen Ueberfall in dem Uhrengeschäft von Döhardt, welches sich in der sehr belebten Städtehausstraße befindet. Er feuerte drei Revolverschüsse auf den Geschäftsinhaber ab, der gerade die Rolläden herablassen wollte, erhielt aber von diesem einen tödtlichen Revolverschuß in den Kopf.

München. Das Lokalkomitee des landwirthschaftlichen Vereins zu Bayern beschloß eine Resolution gegen den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages mit Rußland.

Wien. Zwischen Bulgarien und der österreichischen Waffenfabrik wurde ein Vertrag abgeschlossen, binnen Jahresfrist 100,000 Magazingewehre an Bulgarien zu liefern.

Budapest. Hier hielten sich längere Zeit zwei französische Detektivs auf, die den aus dem Panamaskandal bekannten Arton verfolgten; kaum waren dieselben am Sonntag von hier abgereist, als Arton, von Oderberg kommend, hier eintraf, aber ebenso schnell wieder verschwand.

Paris. Der „Matin" verzeichnet das Gerücht, daß im Hinblick auf die voraussichtlich am nächsten Donnerstag in der Kammer stattfindenden Berathungen der Interpellation über die allgemeine Politik des Kabinets, zwischen dem linken Centrum, der constitutionellen Rechten und der antirepublikanischen Rechten Verhandlungen behufs eines gemeinsamen Vorgehens schwebten. Die neue Coalition würde 250 Stimmen zählen. Für die Präsidentschaft des zu bildenden neuen Kabinets sei Cavaignac in Aussicht genommen. — Der Präsident von Columbien erklärte dem Vertreter des „Figaro", er würde das Vorrecht der Panamagesellschaft gern erneuern, wenn die Bürgschaft geleistet würde, daß eine neue, geldkräftige Gesellschaft auftrete und die Arbeiten wieder aufnehme; er bezweifle aber, daß sich derzeit in Frankreich Geld für das Unternehmen finde. Er deutete an, daß muthmaßlich eine nordamerikanische Gesellschaft das Erbe der französischen antreten werde.

Lissabon. Gutem Vernehmen nach ist der portugiesischen Regierung eine Note der deutschen Regierung zugegangen, in welcher für die ausländischen Gläubiger Portugals dieselbe Behandlung verlangt wird, welche für die portugiesischen Gläubiger besteht.

Petersburg. Im Gouvernement Tiflis wurde ein Personenzug von 12 Räubern überfallen. Der Zug wurde zum Stehen gebracht. Die Räuber drangen in den Postwagen, tödteten drei Beamte, verwundeten einen vierten und raubten Geld- und Werthsendungen in der Höhe von ca. 400,000 Rubel, worauf sie in die Berge flüchteten.

Die **Berliner Börse** setzte Anfangs die Steigerung fort, da man einen günstigen Abschluß der Dresdner Bank erwartete; später schlug indeß die Tendenz bedenklich um und die Course gingen unter den Stand vom Sonnabend zurück. Kohlenwerthe durch Befürchtung hinsichtlich der neupatentirten Kohlenstaub-Feuerung ungünstig beeinflußt. Eisenbahnen und Schiffahrtsaktien, sowie fremde Renten gingen nach festem Beginn zurück. Im Cassaverkehr herrschte noch feste Haltung vor. Festverbindliche, sowie Dividendenpapiere anziehend; Dresdner Bank 2,40 höher. Privatdiskont 1¼ Prozent. Nachbörse matt. — Wetter: Schnee, Westsüdwestwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 274½, Disconto 198,30, Dresdner Bk. 147,80, Staatsb. —, Lombarden 85½, Laura 98,20, Ung. Gold r. 97,60, Portugiesen 21,60, Siemens 4, Reichsanleihe —. Fest.

Paris. 3 Uhr Nachm. Rente 98,32, Italiener 92,20, Spanier 61½, Portugiesen 20,68, Türken 22,50, Türkenlose 94,10, Ottomanbank 563,00, Staatsbahn 613,75, Lombarden 222,50. Fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 177, per Mai 179, Roggen per März 132, per Mai 130.

London. (Produkten-Bericht.) Weizen geschäftslos, ordinärer englischer ½ Sh. niedriger. Mehl zu Gunsten der Käufer. Hafer fest, russischer unverändert. Uebriges Getreide ruhig. Angekommene Weizenladungen ruhiger, Kalifornischer Weizen 30½ verkauft. Schwimmendes Getreide ruhig. — Wetter: Regenbedrohend.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm im Laufe des gestrigen Vormittages im Königl. Residenzschlosse die Vorträge der Herren Staatsminister entgegen.

— Se. Majestät der König besuchte gestern Abend das bei Sr. Exc. Herrn Staatsminister von Metzsch im Ministerhotel, Seestraße, stattgefundene Ballfest. Ihre Majestät die Königin war nicht erschienen, da die leichte Erkältung der hohen Frau noch nicht vollständig behoben ist.

— Den Kammerherrndienst bei Sr. Majestät dem König hat auf die Zeit vom 12. bis mit 25. Februar der Königl. Kammerherr von Wuthenau übernommen.

*— Nachts eingegangene Nachrichten der Königl. Wasserbau-Direktion über Hochwasser und Eisgang vom 13. Februar: Prag 8 Uhr Vorm. 286 Cm. über Null, 4 Uhr Nachm. 276 Cm. über Null; Brandeis 8 Uhr Vorm. 168 Cm. über Null, 4 Uhr Nachm. 171 Cm. über Null; Laun 8 Uhr Vorm. 231 Cm. über Null, 4 Uhr Nachm. 250 Cm. über Null, Eisgang. (Vorher eingegangene Nachrichten siehe Seite 2.)

— Es erhielten: dem Königl. preußischen Rothen Adler-Orden 4. Klasse: der Hauptmann und persönliche Adjutant Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg v. Hangk; der Königl. preußischen Kronenorden 1. Klasse: Generaladjutant, Generalleutnant Frhr. v. Hodenberg; denselben Orden 3. Klasse:

Pfund's Molkerei (Schwarze) Studentenstr. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41 42
Frischer Butter.